



Ungleichheit und Demokratie



Polarisierung:
Die amerikanische Lektion

Europa nach der Wahl

Was hat der Bürgerrat
Ernährung gebracht?

Die im Mai 2023 gestartete Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!“ hat zu einem Kompromiss mit den Regierungsfractionen geführt. Doch wie kam es zu diesem Verhandlungserfolg? Vor allem durch Kooperation und Abwägung zwischen allen Beteiligten. Siegerin dabei war die Demokratie!

ab Seite 12



Formal sind alle Menschen gleich in einer Demokratie. Doch wie wirken sich die realen Ungleichheiten auf die Machtverhältnisse in der Demokratie aus? Wir schauen insbesondere auf die Steuergerechtigkeit und die Unternehmenskultur.

ab Seite 26



Nach der Wahl: Hat es den befürchteten Rechtsruck gegeben? Wie sehen die neuen Machtverhältnisse aus im Europaparlament? Und was bedeutet das für die Entwicklung der europäischen Demokratie?

ab Seite 38

Inhalt

Bürgerrat Ernährung

- 4 Wie ging es weiter mit den Vorschlägen

Irland

- 8 Scheitern des Referendums in Irland

Schleswig-Holstein

- 12 Erfolg der Volksinitiative in Schleswig-Holstein

Polarisierung

- 16 Die amerikanische Lektion
20 Wie retten wir die Demokratie?

75 Jahre Grundgesetz

- 22 Rede Kermani - Die Schönheit der Demokratie
25 Crowdfunding „Liebeslied für die Demokratie“

Ungleichheit und Demokratie

- 26 Einleitung Ungleichheit
28 Bürgerrat Steuergerechtigkeit
32 Guter Rat für Rückverteilung
33 Unternehmen als Orte gelebter Demokratie
35 Die Unternehmensdemokraten

Vision 2045

- 36 Demokratie als Lächeln der Menschheit

Europa

- 38 Einordnung Europawahl

Thüringen

- 42 Öffentliche Petition für Verfassungsreform 2.0

Rezension

- 44 Wem gehört Deutschland?

MD intern

- 46 Alumni-Treffen von Mehr Demokratie
48 Ländertelegramm
50 Beschluss der BMV zur AfD
52 Einblick
53 Ankündigung Bundesmitgliederversammlung

Demokratischer Spruch

- 62 Roger de Weck

Liebe Leserinnen und Leser,

über dem Säulenportal des Reichstages, der den Bundestag beherbergt, ist eingemeißelt: DEM DEUTSCHEN VOLKE. So wird uns die Demokratie in Schulbüchern und Lexikonartikeln vermittelt, als sei sie ein historisches Gebäude, das uns geschenkt worden ist, ein für alle mal fertig gebaut und unter Denkmalschutz gestellt. Dafür sollen wir dankbar sein. Sollten wir auch. Aber uns nie zufrieden geben.

Immer wieder hören wir, wenn die Demokratie verächtlich gemacht wird, sie müsse immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden. Je nach Bedrängnis wird noch nachgeschoben: täglich. Aber was heißt das konkret? Ich denke die Demokratie eher als Zelt, weniger als ein gemauertes Gebäude. Unsere Aufgabe ist es, die Zeltschnüre nachzuspannen, die das Zelt der Demokratie auf Spannung halten. Ansonsten fällt es in sich zusammen. Konkret heißt das: Wir dürfen Fragen stellen und infrage stellen, ob die real existierende Demokratie genügt, ob sie einlöst, was uns mit ihr versprochen ist. Darin zeigt sich das wirkliche Interesse an dieser Demokratie, die rückwärts wertgeschätzt, aber vorwärts zu verteidigen ist.

So ist der erste Beitrag dieses Heftes unter die Frage gestellt: Hat es etwas gebracht? Gemeint ist der Bügerrat Ernährung. Dass die irischen Bügerräte und nachfolgenden Referenden nicht automatisch zur Erfolgsserie werden, zeigt das Interview mit der irischen Professorin Jane Suiter zu den jüngsten Abstimmungen in Irland. In Schleswig-Holstein hatte Mehr Demokratie darauf gedrängt, die Zeltschnüre in Sachen Bürgerbegehren wieder zu spannen. Die hatte die schwarz-grüne Regierung gelockert und damit die direkte Demokratie beschädigt. Nach der erfolgreichen Volksinitiative und mit der Aussicht auf ein Volksbegehren waren die regierungstragenden Fraktionen nun bereit, die Schnüre wieder nachzuspannen. Von der Erfolgsgeschichte können Sie in dem Heft lesen. Und schließlich markieren gleich mehrere Beiträge, wie soziale Ungleichheit die Demokratie gefährdet. Ein Thema, das von Mehr Demokratie zu bearbeiten ist, intensiver als bisher.

Ich wünsche Ihnen eine ergiebige Lektüre
und eine Sommerzeit zum Durchatmen



Ihr Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher



Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie



Hat es etwas gebracht?

Der Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung“ im Bundestag -
ein Bericht von Ina Poppelreuter



„Wir haben Ihnen etwas ins Hausaufgabenheft geschrieben - jetzt sind Sie dran.“ Das war die Botschaft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten vom Bundestag beauftragten Bürgerrates „Ernährung im Wandel“, als sie am 20. Februar das Bürgergutachten an Bundespräsidentin Bärbel Bas und Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen übergeben haben. Die Übergabe markiert das vorläufige Ende des Bürgerrates. Während der eigentliche Bürgerrat damit beendet ist, ist der Prozess aber noch lange nicht abgeschlossen. Das ist er erst, wenn die Empfehlungen im Bundestag behandelt und vielleicht auch teilweise umgesetzt wurden. Oder - sollte dafür in dieser Legislaturperiode die Zeit fehlen - die Empfehlungen in den Wahlkampf und die Koalitionsverhandlungen einfließen. Das wäre ein großer Erfolg für den Bürgerrat.

Im Umgang mit den Empfehlungen liegt eine der größten Herausforderungen, denn Bürgerräte sind ein beratendes Gremium und haben keinen Anspruch auf Umsetzung. Jetzt können die Abgeordneten zeigen, dass sie die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und sich konstruktiv damit auseinandersetzen. Verschwinden die Vorschläge ohne Diskussion in dunklen Schubladen, schürt das nur Frust. Doch es läuft gerade ganz anders. Wir beobachten einen respektvollen Umgang mit den Empfehlungen.

Wie reagieren die Abgeordneten auf die „Hausaufgaben“?

Dass sie sich mit den Empfehlungen intensiv auseinandersetzen wollen, haben alle Abgeordneten bei der Übergabe des Bürgergutachtens klargemacht. Dafür habe man sich auch in der Berichterstatter-Gruppe zum Bürgerrat bereits eingesetzt. Dieser Gruppe gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen des Bundestages an.

Der Ton ändert sich - das Bürgergutachten im Bundestagsplenum

Bereits am 14. März wurde das Bürgergutachten zum ersten Mal im Plenum beraten. Mit dabei: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrates Ernährung, die sich die Verhandlung live angesehen haben.

Die Reaktionen der Fraktionen waren gemischt. Während sich SPD, Grüne und die Gruppe Die Linke klar positiv äußerten, zeigten sich die anderen Parteien kritisch. Überrascht hat hier die FDP, die zwar Teil der Regierung ist, aber klarmachte, dass der Bürgerrat nur ein Kompromiss war.

Sie betonte in der Debatte, dass das repräsentative System am besten in der Lage sei, Lösungen zu finden, und dass man gerade in schwierigen Zeiten eher das Parlament stärken sollte. Die CDU/CSU Fraktion hat zwar nicht für die Einsetzung des Bürgerrates gestimmt, zeigte sich in den Debatten und auch im Verlauf des Bürgerrates jedoch konstruktiv in der Sache. Das zeigt sich auch daran, dass die Bürgerrats-Empfehlungen zuvor in den Fachgruppen der Fraktion diskutiert wurden. Dennoch warnt die Union davor, Verantwortung und Entscheidungen an Bürgerräte auszugliedern.

Auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrates verfolgten die Diskussion im Bundestag. Für viele war es die erste Plenar-Debatte. So auch für eine Teilnehmerin, die gegenüber dem *Spiegel* kritisierte: „Da ging es überhaupt nicht mehr um das Thema oder die einzelnen Vorschläge, sondern um den Schlagabtausch der Parteien. Ich glaube, es ist wohl einfach Politik, wenn die Parteien oder die Abgeordneten untereinander immer um sich schlagen und den anderen kritisieren.“ Der Unterschied der Gesprächskultur zwischen Bürgerrat und Bundestag könnte nicht größer sein. „Es hat vielen Teilnehmern geholfen, dass wir im Bürgerrat überparteilich unterwegs waren, dass wir alle in einem Boot gesessen haben und nicht wussten, in welche Richtung die Diskussion laufen würde. Wir wussten nur, dass wir konstruktiv arbeiten und etwas Vernünftiges abliefern wollten. (...) So eine aufgeheizte Diskussion wie (...) im Bundestag hat es bei uns nie gegeben.“

Die andere Gesprächskultur im Bürgerrat hängt auch mit der professionellen Moderation zusammen. Sie ist dafür zuständig, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleichberechtigt zu Wort kommen, dass ein konstruktives Gesprächsklima gewahrt wird, und sie greift ein, wenn sich das Gespräch vom Thema oder der konkreten Fragestellung wegbewegt. Im Parlament dagegen wurde gestritten - auch gerne mal am Thema vorbei.

Eine Diskussion über die Ergebnisse des Bürgerrates soll jetzt in den Ausschüssen geführt werden. Nach etwas mehr als einer Stunde Diskussion wurde das Bürgergutachten schließlich federführend an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie mitberatend an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen. Am 24. April wurde das ►

Bürgergutachten vom Plenum nachträglich noch dem Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen. Hier könnte beispielsweise die Empfehlung für einen neuen Steuerkurs für Lebensmittel in den Blick genommen werden.

Die Ausschüsse beraten

Und damit ging es bereits am 24. April los. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat sich zu einem ersten, nicht-öffentlichen Austausch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bürgerrates zu den Empfehlungen getroffen. Dabei machte der Ausschuss direkt klar, dass es zu einzelnen Empfehlungen des Bürgerrates weitere Formate zur vertieften Diskussion geben wird.

„Es hat vielen Teilnehmern geholfen, dass wir im Bürgerrat überparteilich unterwegs waren, dass wir alle in einem Boot gesessen haben und nicht wussten, in welche Richtung die Diskussion laufen würde. Wir wussten nur, dass wir konstruktiv arbeiten und etwas Vernünftiges abliefern wollten. (...) So eine aufgeheizte Diskussion wie (...) im Bundestag hat es bei uns nie gegeben.“

Eine Teilnehmerin

Gesagt, getan. Am 13. Mai fand die erste vertiefende Diskussion zur Empfehlung zum kostenfreien Mittagessen in Kindergärten und Schulen statt. Dieser Vorschlag wurde von den Bürgerinnen und Bürgern zur Empfehlung mit der höchsten Priorität gewählt. Das rund zweistündige Gespräch war konstruktiv. Die geladenen Expertinnen und Experten wiesen auf positive Erfahrungen aus anderen Ländern wie Schweden oder Finnland hin. Studien zeigen deutlich, dass Kinder, die sich ausgewogener ernähren, leistungsfähiger sind und bessere Schulnoten erreichen. Sie sind auch weniger anfällig für Übergewicht. Das wirkt sich also auf ihr gesamtes zukünftigen Leben aus. In kostenfreies Mittagessen für Kinder und Jugendliche zu investieren würde den Staat langfristig entlasten – denn die Folgeerkrankungen bei Übergewicht verursachen Kosten im zweibis dreistelligen Milliardenbereich. Besser ausgebildete Schulabgängerinnen und Schulabgänger stärken die Wirtschaft. Der anwesende Teilnehmer des Bürgerrates betonte

in seinen Statements, dass das kostenlose Mittagessen das wichtigste Thema im Bürgerrat war. Und das, obwohl bereits zu Beginn des Prozesses klar war, dass der Bund hier nicht oder nur teilweise zuständig ist. Deshalb habe der Bürgerrat Ideen gesammelt, wie das Mittagessen bezahlt werden könne. Ein Vorschlag war, zukünftige Kindergeld-Erhöhlungen zu nutzen.

Alles in allem war es ein Fachgespräch, das Hoffnung macht für den Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrates. Es war zu sehen, dass die Empfehlungen einzeln, ernsthaft und konstruktiv debattiert werden.

Und eine wichtige Ankündigung folgte am Ende der Ausschusssitzung: Es soll auch zu weiteren Empfehlungen eigene Anhörungen geben.

Der Bürgerrat unter den wachsamen Augen der Zivilgesellschaft

Nicht nur die Abgeordneten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich mit den Empfehlungen des Bürgerrates. Kurz nach der Bundestagsdebatte im März meldete sich ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einem offenen Brief¹ zu Wort, in dem sie einen guten Umgang mit den Empfehlungen forderten. Mittlerweile gehören 82 Organisationen dem Bündnis an, darunter beispielsweise der *BUND*, die *Deutsche Umwelthilfe* und der *WWF Deutschland*. Kern des offenen Briefes sind drei Forderungen:

1. Keine Rosinenpickerei, sondern eine öffentliche und nachvollziehbare Begründung für die Unterstützung oder Ablehnung gegenüber den einzelnen Empfehlungen.
2. Ein transparentes Monitoring der Behandlung der Empfehlungen auf der Website des Bundestags.
3. Ein direkter Austausch zwischen den Abgeordneten und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bürgerrates Ernährung.

Die letzten beiden Forderungen des Bündnisses werden umgesetzt: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrates werden in die Beratungen im Ausschuss eingebunden.

Auf einer Unterseite der Bundestagswebsite dokumentiert der Bundestag, welche Empfehlungen er gerade wie behandelt oder sogar umsetzt. Hier sind auch alle öffentlichen Debatten über die Empfehlungen abrufbar.

Abschließende Bemerkungen

Die vertiefenden Debatten in den Ausschüssen bieten den Parteien eine gute Möglichkeit, sich mit einzelnen Empfehlungen auseinanderzusetzen. Genau das haben sich die Bürgerinnen und Bürger erhofft. Sie wissen, dass es am Ende wohl keine eins zu eins Umsetzung der Empfehlungen geben

¹ www.offener-brief-buergerrat-ernaehrung.de



Renate Künast, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, beantwortet zusammen mit weiteren Abgeordneten in einer kleineren Runde die Fragen der Teilnehmenden des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“.

wird. Das ist auch nicht der Anspruch. Sie haben ihre Impulse gegeben, die jetzt von der Politik aufgegriffen werden.

Aktuell kann man auch beobachten, welchen Unterschied es macht, ob die Abgeordneten den Bürgerrat selbst bei seiner Arbeit erlebt haben oder nur das Bürgergutachten gelesen haben. Wer den Prozess erlebt hat, sich direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern ausgetauscht hat, hat ein klareres Verständnis über die Arbeitsweise. Sie haben auch zwischendurch gesehen und gehört, worüber diskutiert wurde und welche Argumente ausgetauscht wurden. So konnten teilweise vorhandene Vorurteile direkt ausgeräumt werden. Ähnliches kann man jetzt sehen, wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Ausschusssitzungen eingeladen werden. Die Souveränität, die sie in den letzten Monaten bekommen haben, strahlt aus. Die Qualität eines Bürgerrates zeigt sich. Die Bürgerinnen und Bürger waren in der Lage, auch auf schwierige Fragen detaillierte Antworten zu geben bis hin zu konkreten Finanzierungsvorschlägen. Sie machen deutlich: Hinter jeder Empfehlung steckt ein ganzes Gedankengebäude.

Hermann Färber, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft von der CDU/CSU-Fraktion, hat sich am zweiten Wochenende ein Bild vom Bürgerrat gemacht. Er blieb auch nach dem „offiziellen“ Teil, hat die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Exkursion auf den Milchviehbetrieb begleitet und stand für Fragen zur Verfügung. Auch seinem Einsatz ist zu verdanken, dass der Bürgerrat im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft so ernst genommen wird.

Und auch die Medien verfolgen den Bürgerrat weiterhin mit großem Interesse. Allein zur ersten Plenar-Debatte gab es wieder unzählige Medienberichte. Neben der *Tagesschau* berichteten auch große Zeitungen wie der *Spiegel*, die *Süddeutsche*, die *taz*, die *Apotheken-Umschau* oder *Die Welt*.

Die parlamentarischen Beratungen sind gestartet und werden die kommenden Wochen und Monate andauern. Am Ende wird es dann vermutlich eine Entscheidung im Plenum über einzelne oder mehrere Empfehlungen geben. Jetzt muss die Politik dranbleiben, damit die eine oder andere Empfehlung noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden kann.

Bleibt nur die Frage, ob sich die konstruktive Debatte in den Ausschüssen dann auch im Bundestagsplenum abbilden wird. Das wäre dann ein echter politischer Lernprozess. Ausgelöst durch die andere Gesprächskultur der Bürgerräte. /



Öffentliche Debatten über die Empfehlungen



Ina Poppelreuter
verantwortet den Bereich Social Media und hat den Bürgerrat für Mehr Demokratie begleitet



Die amerikanische Lektion

Wie Polarisierung der Demokratie schaden kann - von Prof. Torben Lütjen

„Wir versprechen Ihnen, dass wir die Kommunisten, Marxisten, Faschisten und die linksradikalen Schläger ausrotten werden, die wie Ungeziefer in den Grenzen unseres Landes leben, die lügen, stehlen und Wahlen betrügen“, so tönt Donald Trump vor seiner erhofften zweiten Amtszeit. Und er hat sich vorbereitet. „Dieses Mal haben wir eine Geheimwaffe. Dieses Mal haben wir das Projekt 2025“, heißt es in einem Video der konservativen Denkfabrik Heritage Foundation. „Was wir tun, ist, uns systematisch vorzubereiten auf den Marsch ins Regierungsamt“, so Projektleiter Paul Dans. „Wir werden eine ganze Armee loyaler, gut vorbereiteter und politisch gut bewaffneter Konservativer zum Einsatz bringen.“ Das hat es noch nie gegeben in unserer konservativen Bewegung, diese Gemeinsamkeit, das Fokussieren auf ein Ereignis: die Amtsübernahme 2025, Tag eins am 20. Januar“. Wie kann es sein, dass Trump trotz einer rechtskräftigen Verurteilung weiterhin gute Chancen hat und sich als „politisch Verfolgter“ inszenieren kann? In diesem Text von 2021 analysiert Prof. Torben Lütjen, wie es zu dieser extremen Polarisierung kommen konnte.

Auf den ersten Blick scheint die Sache einfach: Das Schicksal von Demokratien entscheidet sich an der Frage, von wie vielen überzeugten Demokratinnen und Demokraten sie getragen werden. Natürlich spielen die institutionelle Ordnung und die Struktur der Verfassung eine Rolle, ebenso wie plötzlich auftretende innere wie äußere Krisen. Am Ende lautet die einfachste Gleichung: Wo die Mehrheit einer Gesellschaft sich gegen die Demokratie als Staatsform entscheidet, da wird sie über kurz oder lang scheitern. Auch der abgebrühteste Anti-Alarmist kann nach dem 6. Januar 2021, als ein von Präsident Donald Trump angestachelter Mob das US-Kapitol stürmte, nicht mehr ernstlich der Meinung sein, die US-Politik befinde sich weiterhin im Normalmodus. Die Mehrzahl jener, die ihr Kreuz nicht bei Joe Biden, sondern bei Donald Trump gemacht haben, hält die Präsidentschaftswahl 2020 weiterhin für gefälscht und damit, in bitterer, aber durchaus unbestechlicher Logik, den neuen Mann im Weißen Haus für einen illegitimen Präsidenten.

Wie aber passt das zusammen: die grundsätzliche Befürwortung der Demokratie als beste Regierungsform einerseits, und die Ablehnung einer nach allen logischen Kriterien und Meinung aller Wahlbeobachter rechtmäßigen Wahl andererseits? Das also ist der Widerspruch, der im Folgenden aufgelöst werden soll: Dass die Feinde der Demokratie sich heute für deren wahre Hüterinnen und Hüter halten. Man kann das - vorsichtig ausgedrückt - für eine Fehlwahrnehmung halten. Aber man sollte es dennoch ernst nehmen, wenn man verstehen will, wes Geistes Kind sie sind. Im Grunde erklären drei miteinander verbundene Faktoren diesen Widerspruch: *Erstens* die extreme und spe-

zifische Natur der Polarisierung der US-Politik, die zur Erosion von Werten geführt hat, ohne die jedes Bekenntnis zur Demokratie im Grunde wertlos ist. *Zweitens* das Gefühl un-

„Warum möchten Sie Präsident werden?“ – „Weil ich der berühmteste Mann der Welt sein will!“

Donald Trump, 2016

ter Amerikas Konservativen, dass alle Entwicklungen im Land gegen sie laufen und daher auch grenzwertige Mittel den Zweck der kulturellen und politischen Selbstbehauptung rechtfertigen. Und *drittens* die Fragmentierung der Öffentlichkeit, die zu einer völligen Erosion gemeinsamer Realitätswahrnehmungen geführt hat.

Aus demokratietheoretischer Sicht wäre dem zu entgegen: Was sollte daran schlecht sein? Die Demokratie lebt vom Streit und von der Auseinandersetzung und verdankt ihren immer noch fortwährenden Erfolg ihrer Fähigkeit, fundamentale Auseinandersetzungen auszuhalten und friedlich zu regeln. Polarisierung muss also nicht per se ein Problem für die Demokratie sein. Im Gegenteil: Ein Mindestmaß an Polarisierung ist sogar notwendig. Doch kann sie zum Problem werden, wenn sie bestimmte Verlaufsformen annimmt und sich zu dem entwickelt, was die Politikwissenschaftlerinnen Jennifer McCoy, Tamina Rahman und ►

Murat So-
mer als *perni-
cious polarization*
bezeichnen: eine „bösar-
tige“ Form der Polarisierung, bei der
die andere Seite nicht mehr als legiti-
mer politischer Gegner gesehen wird, son-
dern als existenzieller Feind, den es bis
aufs Blut zu bekämpfen gilt.¹

Grundsätzlich sind Konflikte, die sich
entlang einer sozioökonomischen Konflikt-
dimension einordnen lassen, einfacher zu
lösen, als solche, die entlang einer kulturel-
len oder auch identitären Konfliktlinie ver-
laufen. Fraglos können auch erstere als materielle Vertei-
lungskonflikte extreme Feindseligkeiten auslösen, und
natürlich wird auch bei ihnen teilweise Identität mitverhandelt.
Dennoch entstehen hieraus Kämpfe, die als „teilbare
Konflikte“ bezeichnet werden, weil man den Streitgegen-
stand aufteilen kann: etwas mehr oder weniger Steuern für
die einen, etwas mehr oder weniger staatliche Leistungen
für die anderen, und so weiter.

Anders sieht es aus bei Fragen von Identität oder kultu-
reller Zugehörigkeit, die „unteilbare Konflikte“ produzieren.
Bei ihnen ist es sehr viel schwieriger, eine „Mitte“ zu finden,
geht es doch, etwa bei religiösen und ethnischen Konflikten,
um die Frage, wer überhaupt rechtmäßiger Teil einer Ge-
meinschaft ist und wer nicht. Das gilt auch für Konflikte, bei
denen grundsätzliche und aus Sicht der Betroffenen unver-
handelbare, weil moralisch absolute Werte verhandelt wer-
den: Wer glaubt, dass Homosexualität eine Todsünde ist, für
den gibt es keinen Kompromiss mit der Gegenseite. Und die
USA sind zweifelsohne bereits seit Jahrzehnten kulturell po-
larisiert. Nicht dass Fragen sozialer Ungleichheit dort keine
Rolle spielen würden - aber Fragen von *race*, Religion und
Einwanderung sind bereits seit langem bedeutender. Donald
Trump ist weniger ein politisches Phänomen, als eines der
Fan-Kultur ... Was Trump so einzigartig macht, ist, dass er
verstanden hat, dass es nicht mehr um politische Inhalte
geht (sein Biograph Michael Wolff).

Noch etwas anderes signalisiert, dass die Polarisierung
in den USA in eine gefährliche Phase eingetreten ist: Und
zwar fusionieren die multiplen kulturellen Konflikte, wie sie
alle Gesellschaften auszuhalten haben, allmählich zu einem
bipolaren Großkonflikt. Anders sieht es aus, sobald es zu
einem eindeutigen Dualismus zweier klar abgegrenzter La-
ger kommt, die alle Identitätskategorien wie Klasse oder



Religion auf sich
vereinen. Die jeweili-
gen Identitäten verstärken
sich dann gegenseitig, und statt
Ambivalenz produzieren sie Radikalität.

Dies beschreibt exakt die Entwicklung in den
USA. Hier ist im Laufe der vergangenen Jahr-
zehnte *partisanship* selbst, also Parteizugehö-
rigkeit, zum eigentlichen Trennungsfaktor ge-
worden, zu einer Art „Super-Identität“, der
sich alles nachordnet. Natürlich bleiben *race*
und Religion und auch der Stadt-Land-Gegen-
satz wirkmächtig, aber die Parteien verkör-
pern nun jeweils einen Pol dieser Identitäten:

die Republikaner als Partei des religiösen, weißen und länd-
lichen Amerikas; die Demokraten als Partei des säkularen,
multiethnischen und urbanen Amerikas. Dadurch aber sind
sich die Wählerinnen und Wähler beider Seiten fremd ge-
worden und sehen sich eben nicht mehr länger nur als Bür-
gerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Meinungen,
sondern als radikal andere, mit denen keine Lebensrealität
mehr geteilt wird. Interessant ist, dass diese Polarisierung
nicht einmal primär von wachsenden Einstellungsunter-
schieden zu bestimmten Sachfragen getrieben wird. US-
Politologen und US-Politologinnen sprechen stattdessen
von einer „affektiven Polarisierung“ - einer tiefen, emotio-
nal verankerten Aversion gegen die jeweils andere Seite.²

„Right or Wrong, My Party“

Auch wenn vielen Republikanerinnen und Republikanern
klar war, dass 2017 bis 2021 ein Demokratieverächter im
Weißen Haus saß - so war er aus Sicht des konservativen
Amerika doch immerhin *ihr* Demokratieverächter und ge-
wiss besser als alles, was die Gegenseite aufzubieten hatte,
die das Land durch „offene Grenzen“ und die „Einführung
des Sozialismus“ mutwillig in den Ruin treiben würde und
selbst daran arbeite, die Demokratie durch Wahlbetrug aus-
zuhebeln.

Auch wenn extreme Polarisierung grundsätzlich auf al-
len Seiten den demokratischen Charakter verderben kann,
gibt es offensichtliche Gründe, warum die Wählerinnen und
Wähler der Republikanischen Partei besonders anfällig da-
für sind. Das hat *erstens* mit dem objektiv durchaus berech-
tigten Gefühl zu tun, ohnehin auf der Verliererseite der Ge-
schichte zu stehen. Es gehört ja zu den Paradoxien der
vergangenen Jahrzehnte, dass die „Grand Old Party“ zwar
an der Wahlurne immer wieder erfolgreich war, konservati-

1 Vgl. Jennifer McCoy/Tahmina Rahman/Murat Somer, Polarization and the
Global Crisis of Democracy, in: American Behavioral Scientist 1/2018, S.
16-42.

2 gl. Shanto Iyengar/Sean J. Westwood, Fear and Loathing Across Party
Lines: New Evidence on Group Polarization, in: American Journal of
Political Science 3/2015, S. 690-707.

ve Politik betrieb und konservative Richterinnen und Richter ernannte – sich gesellschaftlich aber eigentlich in einem einzigen Rückzugsgefecht befand. Nach vier Jahrzehnten des *culture war* ist das Land nicht etwa religiöser geworden, sondern hat sich stetig säkularisiert und liberalisiert.

Zweitens ist die US-Gesellschaft ethnisch diverser geworden, und obgleich es auch andere Quellen für Trumps Popularität gab (wie nicht zuletzt der Umstand zeigt, dass er 2020 überraschende Zugewinne bei ethnischen Minderheiten verbuchen konnte), so ist sein Aufstieg nicht ohne die Statusängste des weißen Amerikas zu verstehen: Denn Weiße werden in absehbarer Zeit nicht mehr die Mehrheit im Land stellen, sondern nur noch die größte Minderheit sein. Es ist ein Gefühl der kulturellen Belagerung, das bei vielen die Schmerzgrenze für Angriffe auf die demokratische Ordnung extrem erhöht hat – wenn sie denn überhaupt noch vorhanden ist. Studien zeigen, dass die Präfe-

Unterschiedliche Realitätswahrnehmungen führen dazu, dass der Streit zwischen den beiden Lagern sich nicht mehr nur um Fragen von Identität und Zugehörigkeit dreht – was schon schwer genug aufzulösen wäre –, sondern um die Existenz grundsätzlicher Tatsachen.

renz für antidemokratische Verhaltensweisen bei weißen und konservativen Amerikanern stark mit rassistischen Vorurteilen korreliert.³

Dass Republikanerinnen und Republikaner für Legenden vom Wahlbetrug empfänglicher sind, hat *drittens* auch damit zu tun, dass inzwischen jedes Korrektiv fehlt. Das Vertrauen in die politische Klasse, auch in die Politikerinnen und Politiker der eigenen Partei, ist seit langem erodiert. Und da ist außerdem, natürlich, die Fragmentierung der amerikanischen Öffentlichkeit, die Echokammern und Filterblasen eines ideologisch segmentierten Mediensystems. Dessen Einfluss auf die Polarisierung wird tendenziell überschätzt, aber es ist keine Frage, dass insbesondere die sozialen Medien einen beispiellosen Resonanzraum für alle Arten von Verschwörungstheorien bieten. Die Lüge vom Wahlbetrug wäre in der Zeit vor Fox News, Facebook und

Twitter gewiss nicht auf ähnlich fruchtbaren Boden gefallen. Am 6. Januar 2021 kollidierte daher auch eine mediale Fantasiewelt mit der Realität.

Schlussbetrachtung

Das Bekenntnis zur Demokratie ist letztlich relativ wertlos, sofern man sich nicht an einige ihrer elementaren Spielregeln hält. Wichtig ist in Wahrheit die Praxis, nicht die Theorie der Demokratie. Und da diese Praxis vor allem auch Streit umfasst, ist es gerade der Konflikt, der konstitutiv für die Demokratie ist: Durch ständige Konfrontation, bei der mal die eine und dann wieder die andere Seite gewinnt, akzeptiert man ihre Spielregeln. Und was immer auch sonst politisch Andersdenkende trennen mag: Die Akzeptanz dieser Spielregeln bedeutet immer auch die Anerkennung, dass man zum gleichen Gemeinwesen gehört.

Doch funktioniert das natürlich nur, wenn man auf richtige Art und Weise streitet. Die Polarisierung der US-Politik aber bringt schon längst keinen produktiven Streit mehr hervor. Sie findet überdies unter Bedingungen statt, die einen Dialog zwischen den politischen Lagern extrem erschweren. Unterschiedliche Realitätswahrnehmungen führen zudem dazu, dass der Streit zwischen den beiden Lagern sich nicht mehr nur um Fragen von Identität und Zugehörigkeit dreht – was schon schwer genug aufzulösen wäre –, sondern um die Existenz grundsätzlicher Tatsachen.

Deswegen ist es auch so schwierig, eine Prognose über die Zukunft der amerikanischen Demokratie abzugeben. Auf die Mischung aus dem Bekenntnis der Demokratie und der gleichzeitigen Missachtung vieler Normen, die für eine funktionierende Demokratie notwendig sind, lässt sich mit etablierten Deutungsmustern nur schwer ein Reim machen. Immerhin: Das Fehlen einer offen antidemokratischen Ideologie hat die USA vor Schlimmerem bewahrt. Trump war eben kein faschistischer Parteiführer, der am ersten Tag der Machtübernahme den US-Staatsapparat mit den eigenen Leuten hätte bestücken können, rekrutiert aus einer straff organisierten Kaderpartei mit ideologisch geschulten Anhängern. Da war wenig, was über ihn als Person hinauswies. So blieb der Angriff auf die Institutionen erratisch, wenig planvoll, getrieben stets nur von den Befindlichkeiten und Instinkten Donald Trumps. Das war Amerikas Glück. /

Dieser Text von 2021 ist eine gekürzte Fassung aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de



Torben Lütjen

ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 2020 erschien sein Buch „Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert“.

³ Vgl. Larry M. Bartels, *Ethnic Antagonism Erodes Republicans' Commitment to Democracy*, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 37/2020, S. 22752-22759.

Wie viel Ungleichheit hält unsere Demokratie aus?

Einleitende Gedanken von Philip Hilgers

Nein, es geht nicht um Ideologie oder Neiddebatte. Es geht um einen grundlegenden Pfeiler unserer Demokratie, die politische Gleichheit: Schadet materielle Ungleichheit der politischen Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger? Diese Frage beschäftigt eine Arbeitsgruppe „Ungleichheit und Demokratie“, die sich im Rahmen der Mitgliederversammlung im November 2023 zusammengefunden hat, um zu diesem Thema ein Diskussionspapier zu erstellen. Startpunkt war die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland, es wurde jedoch schnell klar, dass eine Beschränkung auf materielle Ungleichheit zu kurz gesprungen ist.

In einer Demokratie sollten alle Meinungen die gleiche Chance im politischen Wettbewerb haben. Eine ungleiche Ausstattung der Menschen mit Vermögen, Bildung, Wissen, Kommunikationsmöglichkeiten, Zugang zu politischen Kontakten etc. gefährdet dieses Prinzip.

Die im internationalen Vergleich extreme Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland ist eine besonders hervorstechende Form der Ungleichheit.

Die Entscheidung, welche Einkommens- und Vermögensverteilung gerecht sein soll, ist Ergebnis des politischen Meinungsbildungsprozesses. Doch was ist, wenn ungleiche Vermö-

gensverteilung die Demokratie gefährdet? Wenn Armut dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht einbringen im Meinungsbildungsprozess? Und wenn Besitzende großer Vermögen diesen Prozess zu ihrem Vorteil beeinflussen können? Dann besteht ein Reparaturbedarf an unserer Demokratie.

Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragte Studie zeigt erstmals auch für Deutschland „einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Bessergestellten, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.“ (Elsaesser, Hense, Schäfer, 2016). Das Gewicht der politischen Stimme korreliert also mit der Höhe des Einkommens. Die Studie berücksichtigt nicht Vermögen; man kann aber davon ausgehen, dass die ungleiche Vermögensverteilung die politische Ungleichheit noch verstärkt: Für einen Lobbyisten oder eine Lobbyistin ist nicht entscheidend, ob das Gehalt aus Einkommen oder Vermögen bezahlt wird.

Die Mechanismen des Einflusses von Einkommen/Vermögen auf die Politik sind vielschichtig. Die gewählten Abgeordneten selbst gehören zu den besser Verdienenden. In den untersten Einkommensklassen fehlen Geld, Zeit, Information und Bildung, um sich wirksam politisch einzubrin-



gen; in diesen Einkommensklassen sind die Nicht-Wählenden besonders häufig. Der Einfluss der oberen 10.000 ist hingegen groß: Superreiche gründen Thinktanks und Stiftungen, kaufen sich bei Medien ein, bezahlen Lobbyistinnen und Lobbyisten und haben regelmäßig Kontakt mit Spitzenpolitikerinnen und -politikern. Mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Großkonzerne drohen bei Bedarf, geschäftliche Aktivitäten in andere Länder zu verlagern.

Erhöhter Handlungsbedarf entsteht, wenn durch politischen Einfluss die Vermögensungleichheit immer größer wird. In solch einem Teufelskreis ist es verständlich, wenn die einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger ihren Glauben an die Demokratie verlieren. Wo die unteren Einkommensklassen sich nicht erfolgreich

politisch für ihre Interessen einsetzen, ist das Gleichgewicht der Kräfte verletzt. In einer Zeit der Krisen führt der politische Einfluss der Reichen dazu, dass die materielle Schere sich weiter öffnet. Klimaschutzinvestitionen treffen diejenigen, die wenig haben, besonders hart. Ein Wiederaufbau der Bundeswehr auf Kosten des Sozialbudgets, geht vor allem zulasten der unteren Einkommensklassen.

In Deutschland wird durch das progressive Steuersystem umverteilt: Wer mehr verdient, hat einen höheren Steuersatz. Das Einkommen nach Steuern ist in Deutschland relativ ausgewogen. Einkommen aus Vermögen sind dabei allerdings nicht berücksichtigt. Das Vermögen ist in Deutschland ungleicher verteilt als in den meisten anderen Ländern. Um dem entgegenzuwirken, muss gut überlegt werden, welche Art von Steuern mit welchen Grenzwerten und welchen Anreizwirkungen mehrheitsfähig ist. Im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehen die in Deutschland abgeschaffte Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer. Es gibt aber auch Alternativen, die technische und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen: Eine Wertschöpfungssteuer adressiert zum Beispiel die voranschreitende Verdrängung menschlicher Arbeit durch digitale Lösungen. Eine Finanztransaktionssteuer zielt neben der indirekten Besteuerung von Vermögen auch auf die Stabilisierung der Finanzmärkte. Die Komplexität des Steuersystems an sich ist ebenfalls ein Ungleichheitsfaktor. Ein Bürgerrat zur Zukunft der Steuern, wie er in dem Text von Christoph Trautvetter in diesem Magazin vorgeschlagen wird, verspricht spannende Ergebnisse. Er würde ein repräsentatives Bild davon liefern, was die Bevölkerung als faires Verhältnis von Leistungs- und Bedarfsprinzip versteht. Auch Ideen eines Bürgerrats zu Anforderungen an ein vereinfachtes Steuersystem wären wertvoll.

Doch Umverteilung betrifft nicht nur die Einnahmeseite: Wie sollen die

Mittel der Bevölkerung zufließen: als Transfer? Oder in Form von staatlichen Leistungen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Kultur? Sollte über Vermögensobergrenzen nachgedacht werden, die das Entstehen materieller Ungleichheiten von vornherein begrenzen? Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Alternative? Es lohnt sich, Umverteilung einmal ganz neu zu denken und zeitgemäße Alternativen zu entwickeln.

Der Königsweg ist natürlich, materielle Ungleichheit beziehungsweise deren Auswirkung auf die Demokratie von vornherein zu begrenzen. Der Grundstein dazu wurde in Deutschland schon 1951 gelegt: Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 gab den Beschäftigten in der Montanindustrie weitreichende Mitbestimmungsrechte. Und die Genossenschaft Mondragon im Baskenland zeigt, dass mitarbeitergeführte Unternehmen sehr groß und international erfolgreich sein können. Frank Rosberger beleuchtet in seinem Beitrag, wie und warum Demokratie und Marktwirtschaft in einem Unternehmen gut zusammengehen können - und sollten.

Doch Vorsicht! Die Betrachtung materieller Aspekte reicht nicht. Die Resilienz der Demokratie wird nur verbessert, wenn auch gleiche Bildungschancen, gleicher Informationszugang und gleicher Zugang zur Öffentlichkeit geschaffen werden. Und, wie Frank ausführt, Demokratie kann und muss geübt werden, sogar im Arbeitsleben.

Siehe auch die Rezension von Philip Hilgers auf S. 46 /



Philip Hilgers

62 Jahre, Studium der Volks- und Betriebswirtschaft in Göttingen und New York. Tätigkeiten in Strategieberatung, Konzern, Start-up und Mittelstand.





Europawahlen 2024

Eine Bewertung von Stefan Padberg

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind vorbei. Hat nun „das Volk“ gesprochen und der europäischen Politik für die nächsten fünf Jahre die Richtung gewiesen? So einfach wie in einer parlamentarischen Demokratie auf nationaler Ebene ist es auf europäischer Ebene nicht. Das EU-Parlament hat zwar seit dem Vertrag von Lissabon

deutlich an Mitbestimmungsrechten gewonnen, aber nach wie vor ist es vor allem dies: ein Organ der Mitbestimmung im Prozess der Gesetzgebung auf EU-Ebene, die wesentlich auch durch die Kommission und den Rat der Regierungen geprägt wird. Wie sich das Wahlergebnis auf die konkrete Politik der EU auswirken wird, ist deshalb nicht so einfach vorherzusagen.

Es kommt noch hinzu, dass die zur Wahl stehenden Parteien in den allermeisten Fällen nationale Parteien mit einer nationalen Programmatik sind. Diese schließen sich im Parlament zu Fraktionen zusammen, sofern sie eine ähnliche Programmatik haben, aber man muss es deutlich sagen: Es sind keine genuin europäischen Parteien mit europäischer Programmatik. Die



öffentliche Debatte in einem Mitgliedsland kann jederzeit dazu führen, dass die Abgeordneten aus diesem Land anders abstimmen als ihre Fraktionskollegen aus anderen Ländern. Es ist somit institutionell schwierig für uns Bürgerinnen und Bürger, genuin europäische Interessen in diesen Wahlen zu artikulieren. Es spielen immer auch nationale Interessenlagen in die politi-

sche Willensbildung schon auf der Ebene der Wahlen mit hinein. Es ist sozusagen eine nationale politische Willensbildung auf europäischer Ebene, die dann im Laufe der parlamentarischen Arbeit zu einer europäischen Willensbildung wird durch die gemeinsame Arbeit in den Fraktionen, in denen Anträge ausgearbeitet und zur Abstimmung gestellt werden.

Rechtsruck?

Man muss dies betonen, weil sich gerade nationale Interessenlagen bei der Bildung des EU-Parlaments in diesen Wahlen viel deutlicher bemerkbar gemacht haben als früher. Rechtskonservative, rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien werden stärker als jemals zuvor im Parlament vertreten sein. ▶

Sitzverteilung im EU-Parlament

Europäische Volkspartei (Christdemokraten und Konservative)	186	+10	25,8 %
S&D (Sozialdemokraten und Sozialisten)	134	-5	18,6 %
Renew Europe (Liberale)	79	-23	11,0 %
Europäische Konservative und Reformer (Rechtspopulisten)	73	+4	10,1 %
Identität und Demokratie (Rechtsextremisten)	58	+9	8,1 %
AfD	15	+6	2,1 %
Fidesz (Ungarische Nationalkonservative)	11	-2	1,5 %
Grüne	53	-18	7,4 %
Linke	36	-1	5,0 %
Sonstige	75		10,4 %
Summe	720		100,0 %

Quelle: ZEIT ONLINE, 10.6.2024, www.zeit.de/politik/ausland/2024-06/europawahl-2024-wahlergebnisse-europaeisches-parlament-live, 15 Uhr

Diese Parteien haben, grob gesagt, eine EU-kritische Programmatik und werden sicherlich im Zweifelsfall die Interessen des eigenen Landes stärker berücksichtigen als europäische Interessen. Aber bei Sichtung der bisher vorliegenden Hochrechnungen des EU-Parlaments kann man von einem erdrutschartigen Rechtsruck auf europäischer Ebene nicht sprechen. Alle Rechtsaußen-Gruppen zusammen bleiben unter 25 Prozent, eine Koalition der Vernunft (EVP, S&D, RE und Grüne) hat nach wie vor eine bequeme Mehrheit von über 60 Prozent.

Rechte Fraktionen im Parlament

Dieser inhaltliche Rechtsaußen-Bogen ist nicht spannungsfrei. Vor allem die Positionierung zum Krieg in der und zur Unterstützung für die Ukraine ist stark umstritten. Während Georgia Me-

lonis *Fratelli d'Italia*, die polnische *Pracownicy Sprawiedliwości* (PiS), die übrigens Abgeordnete verloren hat, und das französische *Rassemblement Nationale* (RN) sich gegen Russland positionieren, orientiert sich die ungarische *Fidesz* unter Viktor Orbán, die ebenfalls Verluste hinnehmen musste, und die deutsche AfD bekanntlich prorussisch.

Letztere ist auf europäischer Ebene schon länger wegen ihrer extremistischen Positionen selbst bei rechtsnationalistischen Kräften in Ungnade gefallen und z.B. nicht mehr zu europaweiten Strategietreffen eingeladen worden. Kurz vor der Wahl kam es dann zum Ausschluss aus der I&D-Fraktion wegen der SS-verharmlosenden Äußerungen des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Auch die Fidesz-Partei, die vor einiger Zeit einem Ausschluss aus der EVP-Fraktion

durch ihren Austritt zuvorkam, ist seitdem ohne Fraktionszugehörigkeit.

Man wird abwarten müssen, wie sich die rechten Fraktionen im neu gewählten EU-Parlament zusammenfinden werden.

Nationale Ergebnisse uneinheitlich

Auch die Betrachtung nationaler Wahlergebnisse stützt die These vom Rechtsruck nicht. Auf der einen Seite ist hier das überaus starke Abschneiden rechtsextremer Kräfte in Frankreich (über 45 Prozent) zu verzeichnen, was eine schallende Ohrfeige für die europäische Integration in einem der Kernländer der EU ist. Auf der anderen Seite stehen Portugal und Schweden mit linken sozialdemokratischen Gewinnern und Spanien mit einem Zuwachs für den *Partido Popular* (konservativ). Die polnische PiS-Partei und die Fidesz-Partei mussten Stimmen abgeben, während die Orban-kritische Tisza-Partei in Ungarn aus dem Stand sieben Sitze gewinnen konnte.

Mit dem Abschneiden der AfD liegen wir in Deutschland gut im europäischen Mittelfeld. Andere Länder wären froh, wenn „ihre“ Rechtsextremisten nur 16 Prozent hätten. Natürlich muss uns das Wahlergebnis der AfD in den östlichen Bundesländern Sorgen machen. Aus europäischer Sicht ist dies aber eher ein regionales Problem.

Mitte-links oder Mitte-rechts?

Die zentrale Frage ist jetzt, wie die EVP mit diesem Wahlergebnis umgehen wird. Sie erhält jetzt eine Art Scharnierfunktion. Die Grünen sowie die liberale *Renew Europe* gehen aus dieser Wahl geschwächt hervor und sind bei ihren Initiativen und Anträgen immer auf die Unterstützung durch die EVP

angewiesen. Andererseits kann die EVP bei bestimmten Themenfeldern mit der Unterstützung durch die Rechtaußen-Fraktionen rechnen und sich so unabhängig von den linken Fraktionen machen. Es ist dies aber streng genommen nicht nötig. Rein arithmetisch wäre es denkbar, eine zweite EU-Kommission mit Ursula von der Leyen zu bilden, die ihr Reformprogramm (Green New Deal, EU-Reform, Sicherheitspolitik, Migrationspakt usw.) weiterführen könnte. Ein Liebäugeln mit den Rechtsnationalisten hat sie so gesehen nicht nötig.

Perspektiven

Es kommt darauf an, dass die Zivilgesellschaft in den europäischen Ländern zu den wichtigen Themen mobilisiert:

Es kommt darauf an, dass die Zivilgesellschaft in den europäischen Ländern zu den wichtigen Themen mobilisiert: Klimapolitik, Agrar- und Umweltpolitik, Migrationspolitik, EU-Reform sind Themen, bei denen eine breite Mobilisierung einer schwankende Kommissionspräsidentin dabei helfen könnte, nicht nach rechts zu kippen.

Klimapolitik, Agrar- und Umweltpolitik, Migrationspolitik, EU-Reform sind Themen, bei denen eine breite Mobilisierung einer schwankende Kommissionspräsidentin dabei helfen könnte, nicht nach rechts zu kippen.

Unklar ist die Situation im verteidigungs- und sicherheitspolitischen Bereich. Eigentlich stünden hier Initiativen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit auf europäischer Ebene an. Die zunehmende strategische Distanz

zu den USA, egal wie die Wahlen dort ausgehen werden, müsste eigentlich starke Maßnahmen in Richtung auf eine echte strategische Autonomie Europas nahelegen. Eigentlich wäre zu erwarten, dass dem Ernst der Lage gemäß permanent über eine Europäische Armee, Europäische Atomwaffen, Europäische Rüstungsindustrie usw. diskutiert würde. Paradoxe Weise hat aber der Krieg in der Ukraine zu einem stärkeren Gewicht der vielen kleinen ost- und südosteuropäischen Mitgliedsländer geführt, die zusammen mit den nordeuropäischen Regierungen einer Ausweitung der EU-Kompetenzen gerade im sicherheitspolitischen Bereich sehr skeptisch gegenüberstehen. Das Wahlergebnis ist eher keine Stärkung für die

Kräfte, die die EU deutlicher geopolitisch ausrichten wollen.

Ob sich auch das Fenster für eine grundlegende Vertragsreform schließen wird, bleibt abzuwarten. Die gewünschte Aufnahme der Ukraine in die EU macht allein schon aufgrund von deren Größe eine Reform der Entscheidungsmechanismen notwendig. Diese ist nicht ohne Vertragsänderungen zu haben. Der von rechten Regierungen geprägte Rat wird sicher weiter verhin-

dern wollen, dass es zu grundlegenden Reformen kommen wird. Ob das Parlament in dieser Frage jetzt klein beigeben wird, halte ich für noch nicht ausgemacht. Sicher ist, dass die Zivilgesellschaft sich sehr ins Zeug wird legen müssen, wenn die Beteiligungsformen, die sich im Zuge der Konferenz für die Zukunft Europas etabliert hatten, weiter ausgebaut werden sollen.


Dass dieses Parlament sich um den Ausbau der Sozialen Säule in der EU bemühen wird, steht leider nicht zu erwarten. Das wäre eigentlich nötig, um die EU wieder stärker in den Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verankern. Eine EU, die zu wachsender sozialer Unsicherheit führt, weil überbordende wirtschaftliche Freiheiten für die großen Unternehmen und Sparauflagen durch die Kommission für nationale Haushalte nicht begrenzt werden, wird weiter an Unterstützung verlieren.

Die EU-freundlichen Kräfte sind gut beraten, das Wahlergebnis als deutlichen Warnschuss zu verstehen und die ökologische, demokratische und soziale Reform der EU weiter voranzutreiben. Ein regressives Zurückdriften in nationale oder gar nationalistische Konfliktbewältigungsversuche ist bei diesem Wahlergebnis nicht nur unnötig, sondern auch ohne jede Lösungsperspektive für die Herausforderungen der Zukunft. /



Stefan Padberg

Mitglied im AK Europa und Welt.
Redakteur der Zeitschrift „Sozialimpulse“. www.sozialimpulse.de



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX